

Deutschland nach der Bundestagswahl

Ergebnis der Wahlen

Schwarz-gelbe Koalition, vernichtendes Ergebnis für SPD, FDP legt fast 5% zu, Linke 3,2 % mehr (von 8,7 % auf 11,9 %). Ebenso geht Wahlbeteiligung noch weiter zurück (ca. 71 %)

Folgen

- Neue Regierung wird verstärkt lohnabhängige Bevölkerung für Kosten der Finanzkrise bluten lassen wollen > Mehrwertsteuererhöhung, Reduzierung der Sozialausgaben, Angriff auf Löhne und Gehälter usw.
- SPD wird mit Sicherheit einen (Pseudo)Linksruck machen, um verlorene Stammwähler zurückzugewinnen > Revision der Agenda 2010, Mindestlöhne, Subventionen für insolvenzgefährdete Betriebe etc. Dadurch wird sie in weiten Teilen Forderungen der LINKEN übernehmen und so versuchen, uns das Wasser abzugraben.

In dieser Situation steht DIE LINKE vor folgender Alternative:

Entweder verkommen wir zum parlamentarischen Anhängsel der SPD, von der wir uns in immer weniger Punkten unterscheiden werden (s. Berliner Senat), oder wir schärfen unser Profil, indem wir uns sowohl in unseren tagespolitischen Forderungen als auch in unserer langfristigen pol. Perspektive ganz klar von jeglicher Form der Sozialdemokratie abgrenzen. Meiner Meinung nach werden wir es nur so schaffen, die SPD von links vor uns herzutreiben; dies wiederum ist die Voraussetzung dafür, mittelfristig eine gesellschaftliche Veränderung zu erreichen, die über den bloßen Eintritt in eine rot-rote (-grüne) Koalition, in der (fast) alles beim Alten bleibt, hinausgeht.

1. Aktuelle politische Forderungen

1 a. Demokratisierung der Wirtschaft

„Die Interessen der Beschäftigten und der großen Mehrheit der Gesellschaft sind in einer anderen Wirtschaftsordnung grundsätzlich besser aufgehoben, einer Wirtschaftsordnung, die den Kapitalismus schrittweise überwindet ...“ (BWP Kap. 1 / S. 6)

Was tun bei Unternehmen (Opel etc.), die von Insolvenz bedroht sind bzw. die mit Insolvenz drohen?

Forderung nach Mitarbeiterbeteiligung an weiterhin privatkapitalistisch geführten Unternehmen greift zu kurz > dann haften Beschäftigte nicht nur mit ihrem Arbeitsplatz,

sondern auch noch mit ihrem Ersparnen für den Geschäftserfolg eines Betriebs, der nicht einmal ihnen gehört (oder nur zu 10 %, wie bei Opel geplant).

Entscheidend sind zwei Fragen, die durch Mitarbeiterbeteiligung nicht wirklich gelöst werden:

- a) Wer bestimmt de facto, wie der Betrieb geführt wird (Entlassungen ja / nein, Konversion ...)
- b) Wer garantiert für das Weiterbestehen des Betriebs solange noch ‚rote Zahlen‘ geschrieben werden?

Die einzig wirklich ‚linke‘ (d. h. die Interessen der Belegschaft und der ganzen Gesellschaft berücksichtigende) Antwort auf die beiden Fragen ist die Verstaatlichung des betreffenden Betriebs (> finanzielle Garantie) unter demokratischer Kontrolle durch die Beschäftigten. Die Leitung des Unternehmens sollte ein Gremium übernehmen, das zu je einem Drittel aus Vertretern der öffentlichen Hand, der zuständigen Gewerkschaft und der Belegschaft besteht. Dadurch wäre eine Zweidrittelmehrheit der „Arbeitnehmerseite“ gewährleistet. Sowohl die Belegschafts- als auch die Gewerkschaftsvertreter sollten direkt von den Beschäftigten gewählt werden. Vor allem in Unternehmen der Autoindustrie müsste es zu den Aufgaben dieses Gremiums gehören, die Produktion in Richtung auf die ökologischen und sozialen Bedürfnisse der Gesellschaft umzuorientieren.

Dazu das BWP: *„Verstaatlichungen (...) mit demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung verbinden“* (Kap. 2.2 / S. 12).

Gerade beim Thema Wirtschaftskrise müssen wir uns (im Gegensatz zu SPD und Grünen) als die Partei profilieren, für die die Interessen der Beschäftigten Vorrang haben vor den Interessen der Unternehmer und die sich auch nicht scheut, eine radikale Veränderung des Wirtschaftssystems in Angriff zu nehmen.

1 b. Ökologie

Trotz momentan gegenteiliger Bekundungen der FDP wird die schwarz-gelbe Koalition über kurz oder lang versuchen, die Atomenergie wieder salonfähig zu machen. Dagegen werden sicherlich sowohl die (Oppositions-)SPD als auch Grüne protestieren. Diesem Protest schließen wir uns natürlich an, dürfen aber dabei nicht stehenbleiben. Wir sollten uns in mind. zwei Punkten von SPD / Grünen abheben:

- Kritik an dem oberfaulen Atomkonsens (dem sog. ‚Ausstieg aus der Atomenergie‘), den die Schröderregierung mit den Energiekonzernen abgeschlossen hat und der uns Restlaufzeiten von bis zu 30 Jahren beschert hat.
- Die Forderung nach einer Vergesellschaftung nicht nur der Stromnetze, sondern auch der Energiekonzerne selbst (s. dazu BWP S. 14 *„Wir wollen Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen“*).

Begründung:

Die Stromkonzerne haben die Milliardengewinne, die sie aufgrund der monopolartigen Struktur des Strommarktes über Jahrzehnte hinweg gemacht haben, nicht etwa zur Erforschung und zum Ausbau der erneuerbaren Energiequellen verwendet, sondern haben statt dessen weiterhin auf die Umweltkiller Kohle und Atom gesetzt. Eine solche verantwortungslose Politik gegenüber der Umwelt und den kommenden Generationen können und wollen wir uns nicht länger leisten, daher muß Schluß sein mit der Profitorientierung im Energiewesen. Gerade im Energie- und Umweltbereich muß das Gemeinwohl Vorrang haben vor Profitinteressen!

1 c. Krieg und Frieden

Konsequent bleiben bei Ablehnung des Kriegs als Mittel der Außenpolitik (auch dann, wenn ein UN-Mandat dafür bestehen sollte > s. BWP S. 52).

Den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und anderswo auf der Welt als das anprangern, was er ist: Die militärische Durchsetzung der Interessen des dt. Kapitals besonders an Rohstoffen und Absatzmärkten (s. dazu bereits die verteidigungspol. Richtlinien von 1992 sowie das neue strategische Konzept der NATO, in dem die Verfolgung ökonomischer Interessen zu einer militärischen Aufgabe erklärt werden) bzw. das Streben nach einer Großmachtstellung.

Immer wieder darauf hinweisen, dass der sog. ‚Terrorismus‘ (Al Khaida etc.) nicht mit militärischen Mitteln bekämpft werden kann, sondern dass im Gegenteil der Einsatz mil. Gewalt in einem asymmetrischen Krieg (wie in Afghanistan) nur dazu führt, dass sich die von NATO-Bomben massakrierte Bevölkerung zunehmend mit den ‚Terroristen‘ solidarisiert. Krieg ist kein Mittel gegen den Terror, Krieg ist Terror!

Gerade in diesem Punkt muß der pol. Gegensatz zu den Positionen der SPD / Grünen, die den Kosovo-Krieg und den Afghanistaneinsatz durchgezogen haben und auch im Irakkrieg den USA sowohl die Überflugrechte als auch die Benutzung ihrer deutschen Kasernen ermöglichten, klar herausgestellt werden: DIE LINKE ist nur dann zu einer Zusammenarbeit mit den genannten Parteien bereit, wenn die Militarisierung der dt. Außenpolitik rückgängig gemacht wird. Dazu gehört neben dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan natürlich auch das Verbot jeglicher Rüstungsexporte, die Schließung der amerik. Militärbasen auf dt. Boden und, last but not least, die Auflösung der NATO (ein 1. Schritt dazu wäre der Austritt Deutschlands).

2. Langzeitperspektive

Wenn wir die genannten Vorstellungen und Forderungen im Bereich Wirtschaft, Ökologie und Friedenspolitik ernst nehmen und auch ernsthaft dafür kämpfen, ergibt sich daraus der Einstieg in den Ausstieg aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung von selbst; s. dazu das BWP (Kap. 1 / S. 5):

„Wir stehen vor einer klaren Alternative: Entweder setzt sich weiter ein renditeorientiertes Gesellschaftsmodell durch ... oder wir erkämpfen den Einstieg in eine andere Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen.“

Dafür brauchen wir ein Wirtschaftssystem, in dem zentrale gesellschaftliche Bedürfnisse wie Energieversorgung, Wohnen und Mobilität nicht mehr der Anarchie des Marktes und dem Profitstreben der Konzerne unterworfen sind; ein Wirtschaftssystem, in dem „die gewählten Repräsentantinnen .. des Volkes den Unternehmen die Ziele des Wirtschaftens ... vorgeben“ (BWP Kap. 2.2 / S. 10). Das heißt aber nichts anderes als eine demokratische Planwirtschaft zumindest in den oben genannten strategischen Bereichen der Wirtschaft. Möglich ist dies natürlich nur durch eine radikale Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger: von einer rein repräsentativen Demokratie, in der wir alle vier Jahre unsere Stimme im wahrsten Sinne des Wortes ‚abgeben‘ dürfen an Abgeordnete, die in vielen Fällen nicht viel mehr sind als bezahlte Lobbyisten des Kapitals, hin zu einer partizipativen Demokratie, in der es auf allen pol. Ebenen Abstimmungen gibt nicht nur über ein besseres Müllkonzept, sondern auch über die Höhe der Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitswesen oder über eine Konversion der Automobil -und Rüstungsindustrie hin zu gesellschaftlich sinnvollerer Produkten.

Eine solche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung würde ich ohne Zögern und Verklammerungen als „sozialistisch“ bezeichnen. Sie wäre im Informationszeitalter rein technisch gesehen kein Problem; wir werden sie aber nicht bekommen ohne das Prinzip der Profitmaximierung und des Privateigentums an den Produktionsmitteln herauszufordern. Daher bin ich der Meinung, dass es unsere Aufgabe ist, den Begriff ‚Sozialismus‘ neu zu definieren. Für zu viele Bundesbürger ist er immer noch gleichbedeutend mit Stasi / Stalin / SED, mit Diktatur über das (nicht des) Proletariat(s); wir müssten daher an einem Sozialismusmodell arbeiten, das die Lehren sowohl aus dem Stalinismus als auch aus dem Opportunismus der Sozialdemokratie zieht und sich auf das Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bezieht, für die es keinen Sozialismus ohne Demokratie und keine echte Demokratie ohne Sozialismus gab. Ich glaube tatsächlich, dass nur eine solche Utopie einer sozialistischen Demokratie uns auf lange Sicht davor bewahren kann, den Umarmungsversuchen einer ‚links‘-gewendeten SPD zu widerstehen und denselben Weg zu beschreiten, den die Grünen schon vor 20 Jahren beschritten haben.